

Gläsernes

28. Jahrgang - Nr. 1a-2003
Tübinger Linke / PDS im Rathaus



Rathaus*

* Damit man draußen sieht,
was drinnen vorgeht.



So isch's no au wieder

„Mauschelein und Absprachen haben
nicht stattgefunden.“ Ulf Siebert am 30.9.2003



Kommentar des Karikaturisten Sepp Buchegger im Schwäbischen
Tagblatt vom 4. 10.2003

Putzfrauen „verdienen zu viel“ und fallen aus dem Tarifvertrag, für Freundin Schwitalla sind 500 Euro am Tag eher „zu wenig“.

Ein Tagessatz von 500 Euro für die OB-Wahlkampf Helferin Schwitalla sei ein Schnäppchen für die Stadt, meinte die Oberbürgermeisterin, außerdem sei sie nicht mit der Frau Schwitalla befreundet, geschweige denn gemeinsam mit Schwitallas in den Urlaub gefahren. Bürgermeister Weimer konnte dem Duo gerade noch ausreden, dass auch die Schwitalla-Schwiegertochter im Stadtmuseum beschäftigt wurde.

Auftragsvergabe:

An Freunde ohne Ausschreibung.

Die Schweizer Firma Conarenco bekam ohne Ausschreibung den Auftrag für den Bau des ersten Klotzes im Technologiezentrum Obere Viehweide. Was für ein Zufall, dass die Inhaber von Conarenco (in Zürich und Zug) in der „Stiftung solidarische Schweiz“ sitzen, dem Schweizer Ableger der kommunikativen Zivilreligion, die auch das Handeln im Tübinger Rathaus bestimmt. Man kennt sich.

Kein Kino im Französischen Viertel. Ein Freundschaftsdienst?

Kinobetreiber Lamm darf natürlich keine Konkurrenz bekommen. Das besondere Engagement der Oberbürgermeisterin verhinderte ein Kino im Französischen Viertel. Stadt der kurzen Wege - oder der engen Seilschaften - oder der guten Beziehungen? Stadtrat Steinhilber hielt eine Rede für das Alternativprojekt der AGS, völlig unbefangen, als ob sein Baugeschäft noch nie für die AGS tätig gewesen wäre.

Welche Freunde erhalten Foyer und Casino?

Tübinger Standortvorteile Kinderbetreuung oder Prestige-Projekte?

Wir fragten die Tübinger Stadträte der Tübinger Linken / PDS Gerlinde Strasdeit, Gerhard Bialas und Anton Brenner zu den Plänen der SPD-Rathausführung, die soziale Infrastruktur zugunsten der Projekte Obere Viehweide (Biotechnologie-Park), TÜ-Arena und der Entwicklung der Gewerbebrache Wurster & Dietz in Derendingen zurückzufahren.

Sind Sie die ewigen Neinsager? Was haben Sie gegen die Zukunftsinvestitionen?

Anton Brenner: Nichts. Wir haben Ja gesagt, mit 1,7 Millionen Euro städtischen Geldern das Biotechnologie-Projekt auf der oberen Viehweide anzuschieben. Hoch und heilig hat mir die Oberbürgermeisterin versprochen: Mehr soll es nicht kosten. Plötzlich kostete der Spaß doppelt so viel, dann haben sie die Entwässerung vergessen. Jetzt liegen wir bei 8 Millionen.

Preissteigerungen sind normal. Alles wird teurer.

Gerhard Bialas: Aber nicht vierhundert Prozent. Als ich im Planungsausschuss die unförmige Kaserne sah, hatte auch ich die Nase voll.

Anton Brenner: Außerdem wollten die Startup-Firmen kein übersteuertes Prestige-Gebäude, sie hätten wie im Silicon-Valley mit Provisorien angefangen. Doch die SPD-Oberbürgermeisterin ließ sich von ihrem SPD-Freund im Vorstand der L-Bank Beerstecher über den Tisch ziehen. Das Gebäude wurde ohne Ausschreibung an die Schweizer Firma Conarenco vergeben.

Das sind doch Investitionen in Millionenhöhe, die Gemeinden müssen doch gerade jetzt antizyklisch Geld ausgeben.

In Tübingen bleibt nichts hängen.

Anton Brenner: Tübinger Firmen wurden nicht berücksichtigt, obwohl wir dies verlangt haben. Wir sind nicht dazu da, für die Schweiz oder für Karlsruher Firmen ein Konjunkturprogramm aufzulegen. Unsere Verpflichtung ist, das Wohl der Gemeinde und der Einwohner nach Kräften zu fördern.



Gerlinde Strasdeit: Anders als meine Kollegen Gerhard Bialas und Anton Brenner hatte ich auch grundsätzliche Bedenken gegen den Technologiepark mit den Hochsicherheitslabors mitten im Wohngebiet. Ein Wohngebiet wird zum gefährdetsten Gebiet in Tübingen, das rund um die Uhr bewacht werden muss. Außerdem möchte ich auch wissen, was da mit öffentlicher Förderung geforscht und produziert wird.

So viel wird ja jetzt allem Anschein nach nicht geforscht und produziert?

Der Neckarwestheimer OB sitzt.

Anton Brenner: Richtig. Die Illusionen über gigantische Steigerungsraten im Biotechnologiebereich sind weg. Die Blase ist geplatzt. Neues Geld wird nicht oder nur spärlich fließen. Ich werfe der Oberbürgermeisterin aber nicht vor, dass sie sich wie so viele eine blutige Nase am Neuen Markt geholt hat. Doch sie wirft dem verlorenen Geld weiter gutes Geld nach. Da hat es Neckarwestheim besser. Der Bürgermeister dort hat das Gemeindegeld verzoxt, hockt jetzt, ist auf jeden Fall weg vom Fenster. Der Gemeinderat ist nicht Manns genug, ihre Verschwendungssucht zu stoppen. In der Not wird jetzt die soziale Infrastruktur geopfert.

Müssen nicht alle Städte sparen? Was haben die Tübinger Großprojekte mit Streichungen im Sozial- und Kulturbereich zu tun?



Anton Brenner: Die Tübinger Probleme sind hausgemacht. 4,3 Millionen Euro mehr Ausgaben als geplant bei der Obere Viehweide. 4,5 Millionen Euro Mehrausgaben bei der TÜ-Arena. Geplant waren 2 Millionen Euro. Von den jetzt 10 Millionen Euro brutto zahlt das Land 2,8 Millionen, Sponsoren vielleicht 0,7 Millionen. Den Rest zahlen die Tübinger. Dazu kommen

die jährlichen Folgekosten. Mindestens 500 000 Euro Mietausfall beim Technologiepark jährlich. 1 Million Euro jährliche Folgekosten für die TÜ-Arena. 10 Prozent Folgekosten sind realistisch.

TÜ-Arena keine Tabu-Zone

Gerhard Bialas: Dabei waren wir beide, - Gerlinde schon, nie gegen die Sporthalle. Für einen Hallenplan in Höhe von 6,5 Millionen Euro haben die Münchener Architekten den Preis und den Zuschlag bekommen. Wir haben vorgeschlagen, die Ausgaben mit 7 Millionen Euro zu deckeln. Damit kann man eine schöne Halle bauen. Wenn überall gespart wird, müssen wir auch bei der Sporthalle auf dem Teppich bleiben. Die Tübinger sind gespalten in Befürworter und Gegner der Halle. Wenn wir bei der Halle unbekümmert draufsatteln und sonst überall sparen, wächst der Unmut. Mir und Anton geht es auch darum, dass die Befürworter der Halle ihre Auffassung mit Anstand in der Stadt vertreten können.

Aber auch die Ausgaben für die TÜ-Arena sind ein antizyklisches Konjunkturprogramm, sagt SPD-Bürgermeister Weimer?

Anton Brenner: Ja. Für München, für Ravensburg. Dort kommen die Architekten und der Kostensteuerer Stottele her. Dorthin fließt das Geld. Die Gewerke werden europaweit ausgeschrieben. Keine Großauftrag bleibt in Tübingen. Wie oft haben wir gefordert, dass die Nähe der Betriebe schon aus ökologischen und aus Gewerbesteuer-Gründen bei der Vergabe eine Rolle spielen muss. Eiskalt sind wir dabei bei der Rathauspitze abgeblitzt. Und jetzt verkaufen die uns die Vergaben nach München und wer weiß wohin als Tübinger Konjunkturprogramm. Ob aus Frechheit oder Dummheit spielt in dem Zusammenhang keine Rolle.

Gerhard Bialas: Instandsetzungsarbeiten bei anderen Tübinger Hallen und Schulen kommen direkt Tübinger Firmen zugute. Hier besteht ein riesen Nachholbedarf. Das gäbe Tübinger Arbeitsplätze. Diese Aufträge werden jedoch wegen der Großprojekte gestrichen.

Zugegeben. 9 Millionen Euro zuviel für den Biotechnologiepark und die TÜ-Arena sind viel Geld. Gespart werden muss jedoch auch im Verwaltungshaushalt? Die Rede ist von 3,3 Millionen Euro!

Anton Brenner: Allein die Folgekosten für den Viehweidenblock und die TÜ-Arena belasten den Verwaltungshaushalt jährlich mit 1,5 Millionen Euro. Fast eine Million davon könnte eingespart werden, wenn

Fortsetzung Rückseite!

Welche Freunde erhalten Foyer und Casino?
Zoo, - Lamm - oder ein Wüterich?

(Fortsetzung von S. 1)
Über ein Märktekonzept verhindert die regierende Neue Mitte um Russ-Scherer, dass Jugendliche und junge Familien preiswerte Mode bei H & M oder C & A einkaufen können. Zuerst wird beschlossen, dass die Konzertruine an der Blauen Brücke nur kulturell genutzt werden darf. Das drückt den Preis. Wenn jemand vom Freundeskreis dann das Gebäude auf dem silbernen Tablett serviert bekommen hat (notfalls muss es die Stadt aus strategischen Gründen selbst kaufen und die Investitionen für die klammen Freunde vorschießen), gelten natürlich wieder andere Regeln. Auch Architekten aus dem Freundeskreis dürfen alles. Da gilt keine Altstadtatzung. Um jedoch unliebsame Architekten zu mobben, hätte die OB sogar den Untergang eines Maschinenbaubetriebes mit 100 Arbeitsplätzen in Kauf genommen. Nicht nur in der Stadtverwaltung herrscht die Kombination von Günstlingswirtschaft und Mobbing. Die einen erhalten Filetstücke wie das Foyer oder das Casino, die anderen Abmahnungen.

Es gibt auch WUT-Ehrenmänner

Dass Stadtrat Schmid die Kelter bekam, war noch korrekt. Obwohl anders als bei den Vereinen keine Miete mit 7 Prozent Eigenkapitalverzinsung, Abschreibung und Rücklage kalkuliert wurde. Die Schmidts sind Ehrenmänner und haben eigenes Geld investiert und tragen ein großes Risiko. Anders bei der Sternwarten-Bierhalle. Die Öffentliche Hand (TTR und L-Bank gehören dem Land) investiert 400 000 Euro, die Pächter sind fein heraus und beim Scheitern schnell weg. Beim Casino soll die GWG investieren. Die Risiken werden sozialisiert, man hat es ja, bei der Kinderbetreuung kann ja weiter gespart werden. Guten Freunden gibt man doch ein Schnäppchen.

Kritiker haben den Mund zu halten und sollen sich entschuldigen

Das System Russ-Scherer hat Methode. Soziale Leistungen, Rechtsansprüche aller werden zurückgefahren. Stiftungen sollen die Leute zu Bittstellern machen. Das macht gefügig. Die Infrastruktur der Stadt verlottert. Dafür gibt es neue städtische GmbHs und Geschäftsführer. Beigeordnete und Amtsleiter bekommen einen Maulkorb umgebunden, missliebige Mitarbeiter werden ausgebremst, Zustimmung notfalls erzwungen. Die Städtischen GmbHs sind Regierungsinstrumente. Über die Auftragsvergabe und Architektenauswahl werden sogar gewählte Stadträte gefügig oder wechseln zum Lager der Stadtregierung, weil es dort warm herauskommt. Stadträte verlassen Aufsichtsratssitzungen, um nicht gegen die OB stimmen zu müssen, weil sie um Aufträge fürchten. Der aktivierende Staat wird zum Herrschaftsmittel. Die Stadtregierung lenkt über eigene Bürgerinitiativen, über gesteuertes bürgerschaftliches Engagement mit professionellen Kümmerern und Mentoren die öffentliche Meinung und hebt unliebsame Gemeinderatsbeschlüsse aus. Es wird immer mehr am Parlament vorbei regiert. Informelle Organisationsformen, Workshops, Zukunftswerkstatt, Open-space-Seminare ersetzen die politischen Gremien, weil die Wähler nicht alles tun, was von ihnen verlangt wird. Stadtrat Siebert verplapperte sich etwas, als er im Gemeinderat forderte, es dürften nur noch Anträge gestellt werden, die Aussicht auf Erfolg hätten. Kurzum: Antragsrecht nur für die Russ-Scherer-Mehrheit. Opposition findet nicht mehr statt. Anfragen werden nicht mehr beantwortet.

Aktion „Gläsernes Rathaus“, damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht.

Vor 30 Jahren schrieb für uns ein empirischer Kulturwissenschaftler, ein Jens-Schüler, dieses programmatische kommunalpolitische Leitmotiv. Wir bleiben dabei. Die im Rathaus haben es nicht anders verdient.

So erreichen Sie die Stadträte der Tübinger Linken / PDS:

Gerhard Bialas. Tel. 42327 www.tuel-pds.de

Gerlinde Strasdeit. 21534, Fax: 23946. strasdeit@t-online.de

Anton Brenner. 40450 Fax: 49992. Brenner-tuebingen@t-online.de

Tübinger Standortvorteile

Kinderbetreuung oder Prestige-Projekte? *Fortsetzung des Gesprächs mit den Stadträten der Tübinger Linken / PDS*

... die Universität oder das Land das fast leer stehende Conarenco-Gebäude übernehmen und die Investition für die TÜ-Arena auf 7 Millionen eingefroren würden. Damit hätten wir schon einmal den Sparvorschlag der FDP für den Sozial- und Kulturbereich vom Tisch: Dietmar Schöning wollte im Bereich Sozialamt 649353 Euro und im Bereich Kulturamt 164839 Euro einsparen.

Gerlinde Strasdeit: Das ist die Verschlechterung im Bereich Kinderbetreuung.

Witz-Geschäftsführer bei WIT und STERN

Und Ihr Deckungsvorschlag für die geplanten Einsparungen im Schulbereich?

Anton Brenner: Eine weitere Entlastung des Verwaltungshaushalts ist kein Problem. 200 000 Euro jährlich verschlingt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WIT), 83000 Euro im Jahr leistet sich die Stadt für einen Geschäftsführer der Bio-Regio-STERN. Beide könnten wegfallen, ohne dass es jemand merkt. Der WIT-Geschäftsführer schreibt zum wiederholten Mal 1500 Tübinger Betriebe an, wie es ihnen denn so geht. Außer den Herren Tressel und Riethmüller antwortet fast niemand. Leerstehende Läden sollen mit Kunstgegenständen in den Schaufenstern kaschiert werden. Wie bei Potemkin und Erich Honnecker. Außerdem bosselt er immer noch unermüdlich an einer Datenbank Tübinger Betriebe. Die Daten könnte er sich kostenlos bei der Industrie- und Handelskammer ausdrucken lassen. Wenigstens richtet er keinen weiteren Flurschaden an, was man von dem von Tübingen finanzierten STERN-Geschäftsführer nicht sagen kann. Der wirbt auf unsere Kosten Firmen aus Tübingen ab. Die eingesparten 283 000 Euro im Jahr machen die 263 028 Euro, die Herr Schöning (FDP) im Kultur- und Sportamt einsparen wollte, locker wett.

Darin liegt doch die Zukunft Tübingens. In der Wirtschaftsförderung. In der Biotechnologie. In einer TÜ-Arena, um die uns andere Städte beneiden. Das sagen Ihnen doch sicher Frau Russ-Scherer und Herr Weimer?

Anton Brenner: Im Bereich ihrer Kernkompetenz, im Sozial-, Kultur- und Schulbereich baut die Stadt ab. In Bereichen, in denen sie keine Ahnung hat, soll das große Geld verdient werden? Diese Konzeption ist nicht nur in Tübingen gescheitert. Von 3500 bis 4000 Biotech-Arbeitsplätzen auf der Oberen Viehweide wurde gefaselt. Wo sind sie? Für Startup-Firmen ist der Prestigeblock zu teuer, auch wenn die Stadt auf ewige Zeiten die halbe Miete bezahlt. Bei der Grundstücksentwicklung hat sich die Stadt schon immer die Finger verbrannt. Das Projekt Südstadt sollte Null auf Null aufgehen. Auf über 10 Millionen Euro beläuft sich bisher der städtische Zuschussbedarf. Wenn die Stadt etwas baut, wird es immer teurer. 3000 DM pro Quadratmeter zahlte die Stadt für die provisorischen Häuschen in der Sindelfingerstraße. Privat konnte man damals für weniger als 2000 DM/qm am Hang bauen. Privatfirmen gehen mit Pauken und Trompeten an einem vollautomatischen Parkhaus bankrott. Was macht die Stadt? Sie zwingt die Stadtwerke dazu, zwei weitere überteuerte automatische Autofriedhöfe zu bauen, damit die Stadtwerke ja keinen Gewinn mehr dem Stadthaushalt beisteuern können!

Wie anders können Firmen nach Tübingen gelockt werden?

Gerlinde Strasdeit: Zuerst einmal sollten die größten Betriebe Tübingens, die Universität und das Klinikum, nicht kaputtgespart werden. Wenn die Stadt bei Beschäftigten und Sozialleistungen kürzt, werden noch mehr Leute arbeitslos, gehen noch mehr Geschäfte kaputt, gibt es noch mehr leerstehende Läden in der Stadt.

Anton Brenner: Die Städte als Wirtschaftsförderer haben überall Investitionsruinen produziert. Russ-Scherer verkauft veraltete Konzeptionen, wie sie vor über zwanzig Jahren in Späths Karlsruher Führungsakademie eingetrichtert wurden. Inzwischen sind auch die großen SPD-Vorbilder Japan und die DDR damit den Bach hinunter gegangen. Traurig genug, dass ausgerechnet wir dies den altbackenen Stamokaplern im Rathaus beibringen müssen. Die soziale Infrastruktur ist der Standortfaktor der Zukunft. Und ausgerechnet der soll zurückgefahren werden.

Gerhard Bialas: Die schöne Lage Tübingens, die erhaltene Altstadt, die Umgebung, die Weinberge, die Universität, gute Schulen und Kinderbetreuung, Kunsthalle und Theater. Das sind die Standortvorteile Tübingens. Deshalb kommen die Leute nach Tübingen.

Den Damen Russ-Scherer (Oberbürgermeisterin) und Schwarz-Österreicher (Sozialamtsleiterin) ins Stammbuch:

Wirtschaftsförderung Region Frankfurt/RheinMain. Herausgegeben von der Abteilung Kommunikation des Umlandverbandes Frankfurt:

„Im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter werden die Unternehmen in den nächsten Jahren zunehmend die soziale Infrastruktur als Standortfaktor entdecken. Immer mehr Frauen studieren und erlangen Qualifikationen, die sie für die Übernahme von Führungspositionen befähigen. Nur wenn dies mit der Gründung einer Familie vereinbar ist, können Unternehmen in Deutschland bei der Suche nach Führungskräften dies Reservoir ausschöpfen... Während es in Skandinavien selbstverständlich ist, dass beide Elternteile voll berufstätig sind, herrsche in Deutschland eine andere „Kultur“. Mütter mit kleinen Kindern arbeiten überwiegend Teilzeit oder gar nicht. ... Dort, wo beide Elternteile arbeiteten, eine entsprechende Betreuung aber fehle, nämlich in Italien, habe man in der Europäischen Union deshalb die niedrigste Geburtenrate. Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments, wies darauf hin, dass es heute schon für Manager ausländischer Unternehmen selbstverständlich sei, auf eine qualifizierte Ganztagsbetreuung der Kinder Wert zu legen. Sie ließen sich nur dann nach Deutschland versetzen, wenn hier auch eine entsprechende schulische Ausbildung und Betreuung der Kinder gewährleistet sei.“

Und noch ein Rat der CDU-Staatssekretärin Johanna Lichy für die Tübinger SPD-Damen im Rathaus: Mit dem Abbau der Kinderbetreuung sind sie auf dem falschen Dampfer.

„Auf einen wichtigen Aspekt weist der Bericht der Prognos AG hin: die Verknüpfung von zukünftigen unternehmensbezogenen Standortqualitäten und familienfreundlichen Strukturen. Unsere Wissensgesellschaft kann nicht länger auf das Kreativ- und Innovationspotential der gut ausgebildeten Frauen verzichten. ... Um auf die Anforderungen der Zukunft gut vorbereitet zu sein, gilt es gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Als solche benenne ich den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung ...“

Nicht alle SPD'ler und Grüne sind auf dem Provinzniveau ihrer Tübinger Genossinnen und Genossen:

„Kinderbetreuung als Standortfaktor, das war der Rote Faden der Denkansätze, die die SPD-Kreistagsfraktion äußerte.“ (Irene Striffler, Esslingen)

„Anstatt die frei werdenden Kapazitäten zu nutzen, um das Kinderbetreuungsangebot endlich den Bedürfnissen von Eltern und Kindern anzupassen ... werden hier allein aus finanziellen Erwägungen heraus Kinderbetreuungsplätze abgebaut“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der beiden Fraktionsvorsitzenden Klasen (GRÜNE) und Wiesen (SPD), Saarbrücken.

Und die SPD-Fraktion im Bonner Rathaus sagt: „Das Kinderbetreuungsangebot ist auch ein wichtiger Standortfaktor für eine Stadt im Strukturwandel.“

„Die Stadtverwaltung argumentiert, dass der Betreuungsstand in Tübingen im baden-württembergischen Vergleich über dem Durchschnitt liege. Eine Argumentation, der ich nicht folgen kann. Baden-Württemberg ist bei der Betreuung der unter Dreijährigen und der über Sechsjährigen nach wie vor Schlusslicht im Ländervergleich. Das Ziel Tübingens kann also nicht sein, die Einäugige unter den Blinden zu sein, sondern den real vorhandenen Bedarf an Kinderbetreuung zu erfüllen.“ Das schreibt unser aller Boris Palmer, MdL